

Banker sind keine Söldner

Mit den neuen Lohnregeln der Finma sollen Banker nicht nur an sich denken

Riesenboni für die Banker, Verluste für die Öffentlichkeit: Neue Finma-Regeln sollen das künftig verhindern. Banker können aber weiter Millionen verdienen.

DANIEL IMWINKELRIED

Fett war die Beute, die sich die drei vollamtlichen UBS-Verwaltungsräte (darunter Marcel Ospel) und die 10-köpfige Konzernleitung im Erfolgsjahr 2006 unter sich aufteilten: Riesige 247 Mio. Franken strichen die 13 Manager ein. Nur ein Jahr später wurde aus der UBS ein Sanierungsfall, und im Herbst 2008 musste der Bund gar Geld einschiessen, damit die Finanzkrise das Banksystem nicht aus den Angeln hebt. Eine so bedrohliche Lage soll nie mehr entstehen, forderten Politiker und Aktionäre. Die Finanzmarktaufsicht Finma hat reagiert und gestern ihr Rundschreiben «Mindeststandards für Vergütungssysteme» publiziert. Dessen Stossrichtung heisst: Banker sollen sich erstens dank Börsenhäussen nicht mehr Millionen zuschansen können, während die Öffentlichkeit für den Schaden aufkommen muss. Zweitens: Wenn zwei Banker für die Bank gleich viel Ertrag einspielen, erhält – zumindest theoretisch – derjenige mehr Geld, der weniger Risiken eingegangen ist. Dazu die wichtigsten Prinzipien, die auch für Versicherer gelten:

GESPERRTE BONI: Banken gingen in den letzten Jahren bei den Löhnen jeweils ans Limit, um ihre anscheinend begabten Spezialisten nicht an die Konkurrenz zu verlieren. Nicht selten heuerten diese Spitzenkräfte aber bei der Konkurrenz an, sobald sie ihren Bonus erhalten hatten. Nun schlägt die Finma vor, die variablen Lohnanteile (Bargeld, Aktien, Optionen) mindestens drei Jahre in einem Salärtopf zu belassen. Das Geld wird portionenweise ausbezahlt – sofern die Bank weiter Erfolg hat.

GELD ZURÜCK: Wenn sich aber herausstellt, dass ein Banker zu grosse Risiken eingegangen ist oder andere Fehler gemacht hat, setzt es einen Malus («Clawback») ab. Schlechte Leistungen können also eine Reduktion des ursprünglich zugeteilten Bonus zur Folge haben. Wahrscheinlich wird sich das aber nicht je-

der bieten lassen. Rechtsstreit ist programmiert.

UMSATZ BOLZEN: Banker können ihren Lohn auch steigern, indem sie hohe Risiken eingehen. Künftig wird das nicht mehr so leicht gehen. Die Bonihöhe richtet sich nicht mehr nach dem Reingewinn, sondern dem ökonomischen Gewinn. Boni gibt es für die Banker nur, falls die Rentabilität der Bank höher ist als deren Kapitalkosten.

LOHNOBERGRENZE: Banker werden auch künftig Millionen verdienen können. Die Finma will den Banken keine Lohnobergrenzen aufzwingen. Eine Wohnung in London koste mehr als eine in Zürich, weshalb ein Angestellter dort auch mehr verdienen dürfe, so die Finma. Ferner darf eine Bank auch Boni bezahlen, wenn sie Verluste macht.

WILLKOMMENSGESCHENK: Bei der CS war Asienchef Kai Nargowala 2008 der bestbezahlte Manager. Ein Teil seines horrenden Lohnes von 21 Mio. Franken war eine «Sign-on-Zahlung»: Nargowala wurde entschädigt, weil ihm wegen des Wechsels zur CS Lohnbestandteile seines alten Arbeitgebers flöten gingen. Solche Zahlungen will die Finma nicht verbieten, sie sollen künftig aber aus dem angesammelten Boni-Topf geleistet werden. Eine Bank kann sich künftig also entscheiden, ob sie mit einem «Sign-on» einen Manager anwerben und dafür die übrigen Angestellten erzürnen will.

KONKURRENZNACHTEIL: Noch hat keine Aufsichtsbehörde so strenge Regeln vorgeschlagen wie die Finma. Derzeit scheint nur Grossbritannien die Banken ähnlich an die Kandare zu nehmen. In den nächsten 10 Wochen können Parteien, Verbände und Privatpersonen ihren Kommentar zum Rundschreiben abgeben. «In dieser Zeit wollen wir schauen, wie sich die Standards international entwickeln», sagt Alain Bichsel von der Finma. Ganz geheuer scheint es der Finma nicht zu sein: Eine Bank darf das neue Rundschreibens verletzen, wenn sie in New York oder London ins Hintertreffen zu geraten droht. Sie muss aber gegenüber der Finma begründen, warum sie einen bestimmten Grundsatz nicht einhält.



FINMA-PRÄSIDENT EUGEN HALTINER Banken sollen langfristig gedeihen. REUTERS

Gisler



MARKUS GISLER

Pillen und Kuren: Fatale Konsumlust

IN DER DEMOKRATIE ist die Macht beim Volk. Das Volk will gesund sein, das Volk will Spitäler vor der Haustüre, das Volk will die freie Arztwahl, das Volk will jede Menge Pharmaka, auch wenn diese bloss in der Schublade verschwinden. Es will Spitzenmedizin, und es will die Zweit- und die Drittmeinung. Und als ob das nicht alles teuer genug wäre, segnet es an der Urne auch zusätzliche Kosten für Akupunktur und «Chügeli» ab. Vor allem aber will das Volk Schnäppchen jagen. Medizinische Leistungen in der Schweiz sind veritable Trouvaillen. Die Qualität ist super, die Kosten in Form von Krankenkassenprämien im Vergleich dazu gering. Ins dicke Tuch gehen die Prämien nur, wenn man sich den Konsum verknüpft. Blöd ist, wer die Leistungen nicht bezieht. Je höher die Prämien, desto zwingender die Logik, für die Tausender, die man jährlich der Kasse überweist, auch eine Leistung zu beziehen.

INS PARLAMENT SCHICKT das Volk jene Vertreter, die tun, was das Volk will. Ergo verhindern National- und Ständerat jeden Leistungsabbau. Gesundheitsminister Pascal Couchepin kann vorschlagen, was er will, Reformen werden samt und sonders abgeschmettert. Chancenlos sind die grossen Würfe, die kleinen werden ohnehin zerzaust. Gnadenlos sendet der Souverän in die Wüste, wer sich zum Sparen bekennt. Den Bannstrahl trifft eidgenössische Parlamentarier genau so wie all jene Kantonspolitiker, die es wagen, eines der überzähligen Regionalspitäler aufheben zu wollen.

SO TEUER ALSO uns der ganze Körper, so billig sind uns die Zähne. Hand aufs Herz: Sollten Sie nicht schon lange wieder mal zum Zahnarzt? Und mit Verlaub: Sie haben ohnehin Zahnstein! Ihre Dentalhygienikerin hat Ihnen offensichtlich schon länger nicht mehr in den Mund geschaut, und die Brücke, die Ihnen Ihr Zahnarzt vor zwei Jahren empfohlen hat, wartet immer noch darauf, auch gebaut zu werden. Kein Wunder: Den Zahnarzt zahlen Sie selber. Da gibts keine Schnäppchen. Dafür Eigenverantwortung. Angesichts der explodierenden Gesundheitskosten auf rund 60 Mrd. Franken pro Jahr sollten wir uns ernsthaft fragen, weshalb es in diesem Land kaum jemand als unsozial empfindet, zahnärztliche Leistung aus dem eigenen Sack berappen zu müssen. Wieso ist Eigenverantwortung nicht auch bei der medizinischen Grundversorgung möglich?

ALS OB DIESES VOLK, das es durch unternehmerische Leistung, Selbstverantwortung und Verzicht zu Wohlstand gebracht hat, nicht wüsste, wie den explodierenden Gesundheitskosten beizukommen wäre. Das Rezept heisst Wettbewerb und eben Eigenverantwortung. Die Krankenkassen müssten vom Zwang, jeden Arzt als Leistungsbringer zu akzeptieren, befreit, die Spitäler in AGs umgewandelt und vom Staat abgekoppelt werden, sodass sie sich im Markt frei bewegen könnten. Es braucht Kostentransparenz über Spitalleistungen, es braucht Wettbewerb unter den Spitälern. Die medizinische Grundversorgung aber sollten wir genau wie die zahnärztliche selber bezahlen müssen. Zu versichern wären bloss noch Spital- und Kapitalrisiken, und für die sozial Schwächsten braucht es eine Gratislösung.

SELBSTVERSTÄNDLICH WIRD das alles nicht geschehen, denn die Macht liegt beim Volk, und das will keinen Systemwechsel. Es hat den Medizinikonsum gelernt, von dem es nicht mehr wegkommt. Ergo werden als Nächstes die Krankenkassen zusammenbrechen, und um grössere Ungerechtigkeit zu vermeiden, wird irgendwann die Einheitskasse geschaffen werden müssen. Eine Lösung brächte der Kollaps des Staates, zum Glück ein unwahrscheinliches Szenario. Also klagen wir weiter und zahlen die endlos steigenden Prämien. wirtschaft@azag.ch

UBS hat schon Sperrkonten

Die UBS mit strengem Lohnregime als die CS

Zumindest die UBS dürften die von der Finma vorgeschlagenen Lohnprinzipien nicht erschüttern. Vieles, was die Finma vorschlägt, führt die Bank derzeit ein. So werden die Boni der Konzernleitung auf ein Sperrkonto transferiert, und die Chefs erhalten davon jedes Jahr höchstens 33 Prozent. Bei Verfehlungen wird ein Malus vom Sperrkonto abgezogen. Zugeteilte Aktien erhalten die Manager zudem erst nach einer Sperrfrist von drei Jahren. Allerdings gilt diese neue Lohnpolitik vorerst nur für die Konzernleitung und den Verwaltungsrat. Das Prinzip der Sperrkonten soll aber auch auf Angestellte ausgedehnt werden, die mit viel Kapital der UBS arbeiten. Die neuen Lohnprinzipien der Finma sollen dagegen für alle Mitarbeiter gelten.

Die CS ist weniger weit als die UBS. Seit längerem sind bei ihr Aktien, die das Management als Entschädigung erhält, drei bis fünf Jahre gesperrt. Bargeldboni an die Managing Directors sind bei ihr ebenfalls zwei Jahre gesperrt, dies aber mit der Absicht, die Angestellten an die Bank zu binden. (DID)

Niemand richtig zufrieden

Der Streit um Lohn-Obergrenzen geht trotz Finma-Regeln weiter

Die Managervergütungen geben auch nach der Veröffentlichung der Finma-Vorschläge Anlass zu Diskussionen.

Die von der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht (Finma) vorgestellten Grundsätze müssten international abgestützt werden, forderte die Schweizerische Bankiervereinigung. Am Ende dürfe die Schweiz nicht als einziges Land die Grundsätze umsetzen. Der Verzicht auf eine Festlegung von Lohnobergrenzen wurde von der Bankiervereinigung begrüsst. Dem Schweizerischen Versicherungsverband (SVV) bereiten die Finma-Vorschläge hingegen Sorgen im Bezug auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit.

Bei der UBS gab man sich zugeknöpft. Die Bank habe das Rundschreiben erhalten und werde sich am Konsultationspro-

zess beteiligen, sagte UBS-Sprecher Andreas Kern lediglich.

Von den Parteien bezeichnete die FDP die klaren und einfachen Regeln als mittelfristigen Wettbewerbsvorteil. Die Vorgaben seien hart und administrativ aufwändig, aber durchdacht. BDP-Präsident Hans Grunder zeigte sich erfreut darüber, dass die Finma keinen staatlichen Lohndeckel ins Auge gefasst hat. Die CVP gab keine Stellungnahme ab.

SVP wollte strengere Regeln

Nach Meinung der SVP hätte die Finma noch strengere Regeln für die UBS erlassen müssen. So hätte ein noch transparenteres Entlohnungssystem gefordert werden müssen. Die SP und die Grünen halten weiterhin an ihrer Forderung nach einem Lohndeckel fest. Beide Parteien hätten sich zudem raschere Massnahmen gewünscht.

Für den Schaffhauser Unternehmer und Urheber der «Abzocker-Initiative», Thomas Minder, ist es nicht Aufgabe des Staates, sich in die Vergütungspolitik von Firmen einzumischen. Weder der Staat noch die Finma hätten in diesem Bereich etwas verloren, sagte er. Eine Einmischung sei nur dann zwingend, wenn der Staat wie bei der UBS Geldgeber sei. Die Ethos-Anlagestiftung forderte mehr Einfluss der Aktionäre auf die Vergütungssysteme. Die Finma-Regeln allein genügten nicht, sagte Ethos-Direktor Dominique Biedermann.

Für den Kaufmännischen Verband Schweiz ist der Verzicht auf eine Obergrenze bei den Vergütungen eine verpasste Chance. Die Finma erachte sich in dieser Frage als nicht zuständig – «aber wer denn sonst?», so Barbara Gisi vom Arbeitnehmerverband KV Schweiz. (AP)